



Regierungsratsbeschluss vom 13. August 2024

Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau

P240781

Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau; Stellungnahme

P215638

1. Das Vorhaben Rahmenausgabenbewilligung «Fernwärmeausbau für Strassenbauersatzmassnahmen» wird mit Fr. 31'040'750 in das Investitionsprogramm IB1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» aufgenommen.
2. Zu Lasten der Rahmenausgabenbewilligung «Fernwärmeausbau für Strassenbauersatzmassnahmen» werden für die Jahre 2025–2037 Kreditstellen in Höhe von 750% bewilligt.
3. Für die Beschaffung eines Verkehrssimulationstools zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Strassennetzes bei erhöhter Bautätigkeit im öffentlichen Raum wird eine Nominalausgabe von Fr. 400'000 in das Investitionsprogramm, IB5 «Informatik» aufgenommen.
4. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
5. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission als erfüllt abzuschreiben.

Begründung

Im Rahmen des auf Basis der Motion von Dominique König-Lüdin betreffend «Ausbau Fern- und Nahwärme» beschleunigten Fernwärmeausbaus in Basel werden möglichst viele Gebiete der Stadt mit einer leitungsgebundenen und auf erneuerbare und damit umweltschonende Energieträger gestützten Wärmeversorgung erschlossen. Dies soll innert 15 Jahren umgesetzt werden, was eine intensive Bautätigkeit bedingt. Die Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rats (UVEK) verlangt, dass diese genutzt wird, um gleichzeitig möglichst viele Umgestaltungsvorhaben zugunsten der Lebensqualität (Stadtklima, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität) zu realisieren und damit so auch die Bautätigkeit zu konzentrieren. Zur

Erfüllung der Motion und für den damit verbundenen zusätzlichen Planungs- und Projektierungsaufwand sowie für die zeitliche und räumliche Koordination der Bautätigkeiten und Nutzungen der Allmend zur Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat Mittel von insgesamt rund 51,0 Mio. Franken.

